

Nach dem Sieg der 13. AHV: Jetzt aber subito!

Zuerst ein Eingeständnis: Ja, der Schreibende gesteht, dass er seit Wochen mit der Angst gelebt hat, ein weiteres, ungezähltes, Mal nach über 50 Jahren politischen Denkens (und Kampfes) denselben Albtraum nochmals zu erleben. Nämlich, dass eine Abstimmung für eine minimal bessere soziale Absicherung oder ein würdigeres Leben ganz allgemein von einer unwiderstehlichen Propagandawalze plattgemacht würde. Es ist anders gekommen, ganz anders! Den Gewerkschaften in diesem Land gilt der uneingeschränkte Dank.

Der historische Sieg der Vernunft über die übliche helvetische Tyrannei der Verdummten, die sich bisher fast immer von Scheinargumenten in Angst und Schrecken versetzen liessen, ist jedoch noch nicht in trockenen Tüchern, will heissen, noch nicht auf dem Konto von Frauen und Männern, die meist ein Leben lang geschuftet haben, eingetroffen. Noch am Abstimmungsabend war die angeblich einst der revolutionär-marxistischen Liga angehörende Innenministerin nicht dazu bereit, eine klare Aussage dazu abzugeben. Sie druckste herum und verkündete kleinlaut, man werde „versuchen“, die Einführung der 13. AHV auf den 1. Januar 2026 Realität werden zu lassen. „Versuchen“ heisst in Bern stets, man werde jeden Trick anwenden, um die Sache hinauszuzögern. Jedenfalls dann, wenn es sich um soziale Anliegen handelt, die keine Verschlechterungen bringen. Bei der neoliberalen Finanzministerin, die sich oft und gerne in die Finanzierung von Sozialwerken ungefragt einmischt (jüngst mit der Drohung, wegen der 13. AHV die Steuern zu erhöhen und vordem bei der Witwenrente) dürfte dagegen kaum Widerstand zu erwarten sein. Und über den Rest der Konkordanten wollen wir schweigen.

Dabei hat der Abstimmungssonntag eine Dimension des Widerstands gegen diese heuchlerische und zur Lüge neigende Elite in Parlament und Regierung offenbart, wie man es sich in seinen kühnsten Träumen nicht vorstellen konnte. Denn, es ist nicht einfach der überwältigende Sieg eines genialen Initiativ-Textes zu feiern, sondern eine noch viel eklatantere Niederlage eines Projektes aus der neoliberalen Burschenschaft. Deren – freisinnige – Initiative für eine Anpassung des Rentenalters an die durchschnittliche Lebenserwartung wollte die schon seit Jahren im Vergleich zu jedem anderen Land überdurchschnittlich lang arbeitende Bevölkerung sozusagen bis zum Ableben krampfen lassen. Dieser dreiste Versuch, den Sozialdarwinismus gleich auch noch in die Verfassung zu schreiben, ist nicht nur krachend gescheitert, sondern macht die Bedeutung des Sieges der 13. AHV noch um einiges grösser.

Der neoliberale Saustall Schweiz kann ausgemistet werden. Es gibt in Bevölkerung und Kantonen deutliche Mehrheiten, die mit ihrem Ja dafür die Mistgabel bereit gestellt haben. Deshalb ist mit der Umsetzung der Initiative umgehend zu beginnen und die 13. AHV spätestens auf den nächsten 1. Januar 2025 einzuführen. Der Initiativ-Text steckt dazu den Rahmen ab:

*„Der Anspruch auf den jährlichen Zuschlag entsteht spätestens mit Beginn des zweiten Kalenderjahres, das der Annahme dieser Bestimmung durch Volk und Stände folgt.“*

Darf man der einst revolutionär-marxistischen Genossin Baum Schneider Genossin nachhelfen? Der Beginn des zweiten Kalenderjahres, das der Annahme der Initiative folgt ist eben nicht der 1. Januar 2026 und schon gar nicht noch später! Sind noch Fragen? Schon.

Wie wäre es beispielsweise, wenn die Regierung, welche es durch Aushebelung der Grundrechte fertig brachte, einer ganzen Bevölkerung Masken ins Gesicht zu drücken, sie über Monate einzusperrern, Teile der Wirtschaft dauerhaft abzuwürgen, das soziale und kulturelle Leben zum Stillstand zu bringen – wie wäre es also, wenn zum Vorteil eben dieser Bevölkerung angesichts der offenkundigen Dringlichkeit und dem plebiszitären Plazet ein bisschen „ausserordentliche Lage“ ausgerufen würde? Nur so ein bisschen, will heissen, das Parlament für die Bevölkerung und nicht nur für die Privilegierten zum Arbeiten zu bringen.

Wie wäre es, wenn dieselbe Regierung, die für die Rettung einer kriminellen Vereinigung Dutzende Milliarden von Franken auf den Tisch zu legen bereit war, jetzt subito ein paar wenige Milliarden in das Viertel dieser Bevölkerung investierte, das zwischen 100 und 300 Franken pro Monat nicht nur dringend nötig hat, sondern diese vermutlich umgehend in den Kauf von Dingen und Dienstleistungen umtauscht, für die sie aus Armut und Scham keine Gelegenheit hatte?

Wie wäre es, wenn man Violas Generälen endlich die rote Karte zeigte und ihnen die Wunschliste auf das Mass einer landesweiten Katastrophenvorsorge reduzierte, was sich subito auf das laufende Budget und jenes der nächsten Jahre auswirkte? Es gab ja einen „Journalisten“, der in den Wanner-Medien ernsthaft forderte, dass die Milliarden für die 13. AHV gefälligst in die Armee zu stecken seien. Eben. Der 3. März hat die Prioritäten wohl doch etwas verschoben, oder?

Wie wäre es also, wenn bis im Sommer dieses Jahres ein Konzept zur Anhebung der Sozialabzüge auf den Löhnen von 0,4 Prozent vorgelegt und vom Parlament im Herbst mit Wirkung per 1. Januar 2025 durchgewunken würde? Nur ein paar als Fragen getarnte Vorschläge für eine umgehende Umsetzung eines von einer erdrückenden Mehrheit in diesem Land geforderten sozialen Besserstellung.

Natürlich ist es langfristig nicht damit getan, denn die Sozialwerke sollen auch den kommenden Generationen Sicherheit bieten. Indem zum Beispiel die zum Himmel schreienden Ungleichheiten, sprich Ungerechtigkeiten bei den Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern endlich beseitigt werden. Oder durch eine Besteuerung der meist durch Luftgeld der Banken finanzierten Börsenspekulationen, auch wenn dabei – für einmal – die Schweiz vorausgehen müsste. Oder durch eine dauerhafte Reduktion oder gar Abschaffung jener Subventionen, die z.B. eine umweltfreundliche Landwirtschaft verhindern oder den Flugverkehr fördern oder ein Gesundheitswesen finanzieren, das uns alle krank macht.

Medien: Von der Aufklärung zur Propaganda und zurück

Es steht ausser Frage, dass die Medien (ca. 95 Prozent der Titel) bei der Hetz- und Hasskampagne gegen die 13. AHV eine mehr als nur fragwürdige Rolle gespielt haben. Das bereits während der behördlich angeordneten (und wie sich bald herausstellte, völlig überflüssigen) Maskeraden und Lockdowns durchgespielte Grundmuster wurde nunmehr verfeinert. Zwar wurde nicht mehr - im Austausch gegen Vorabinformationen - eine Befehlsausgabe an die Redaktionen praktiziert, man gehorchte einfach schamlos den Befehlen aus der Annoncenabteilung. Wenn so viele Millionen hereinkommen, muss auch Adäquates geliefert werden. Ob die Lohnschreiber bei Wanner, TA und NZZ nun, nach dem (aus ihrer Sicht) Desaster keinen Bonus bekommen, ist nicht bekannt. Offensichtlich ist aber die Entbehrlichkeit der meisten Medien für eine offene, faire und informierende Berichterstattung geworden. Die Wiederholungstäter vor den Redaktions-Bildschirmen dürften in breitesten Kreisen jede Glaubwürdigkeit verloren haben. Es braucht sie weder auf Papier noch digital, sie sind überflüssig geworden. Wer jetzt sein Abonnement kündigt und auch keinen Eintrittspreis mehr bezahlt für manipulierte News auf allen Kanälen tut nicht nur etwas Nachhaltiges für die Wiedergeburt eines anständigen Journalismus, sondern spart sich einen Batzen zusätzlich zur 13. AHV oder man kann sich dafür eines der wenigen wirklich unabhängigen Medien leisten, wie etwa Infosperber. Denn der Mainstream-Journalismus unserer Tage ist von Propaganda nicht mehr zu unterscheiden. Der Weg zurück zur Aufklärung, als nobelster Aufgabe der Medien, ist mit Kündigungen gepflastert.

Ohne neue Parlamentsmehrheiten keine Zukunft

Zum langen Weg in eine zur Hoffnung berechtigende Zukunft für uns alle braucht es auch entsprechende parlamentarische Mehrheiten (es sei denn, man wolle sich von der demokratischen Ausmarchung verabschieden). Diese sind heutzutage nicht vorhanden. Der neoliberale Haufen, der sich in den letzten drei Jahrzehnten des totalen Konsums als tollwütiger Mob aufgeführt hat und sich früher oder später angesichts der verhinderten Zeitenwende in totalitäre Machtklüngel verwandeln würde, muss gestoppt werden. Dafür ist der 3. März 2024 ein wichtiges Indiz. Der

Freisinn, beispielsweise, hat sich definitiv als ernstzunehmende Kraft aus dem Spiel genommen, genau so wie deren grün angestrichene fünfte Kolonne, die grün-labile Partei GLP. Und die sich in der Mimikry einer richtungslosen Mitte tarnende CVP muss sich wohl irgendwann entscheiden, ob man auf der Seite der Zukunft steht oder sich als opportunistischer Wendehals immer wieder gerne der Herrliberger Bewegung als Mehrheitsbeschafferin andient. Und die Grünen und Linken? Alles paletti? Kaum. Solange man sich programmatisch nicht darüber im Klaren ist, dass nur eine in dauerhafter sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Sicherheit lebende Bevölkerung die notwendigen radikalen Veränderungen mitzutragen bereit ist, hat man noch viel Arbeit vor sich. Dafür sind Gendern, Woken und allerlei randständige Nabelschau nicht die mehrheitsbeschaffenden Themenfelder.

Der Sieg vom 3. März löscht alleine noch keines der lodernden Feuer, die sowohl am Horizont wie auch ganz in der Nähe aufleuchten. Aber er ist ein Zeichen der Hoffnung. Freuen wir uns für einen Moment, bevor es wieder an die Arbeit geht.

Olten, 4. März 2024/SF